

Dieter Segert

**Diktatur und Demokratie in Osteuropa  
im 20. Jahrhundert**

Antrittsvorlesung

29. November 1993

Humboldt-Universität zu Berlin  
Philosophische Fakultät III  
Institut für Politikwissenschaft

Herausgeberin:  
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin  
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Redaktion:  
Gudrun Kramer  
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin

Herstellung:  
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik  
Wühlischstr. 33  
10245 Berlin

Heft 43

Redaktionsschluß: 19. 12. 1994

## **Problemsituation in der Gegenwart**

Mit dem Ende des Staatssozialismus 1989 schienen sich in Osteuropa demokratische Perspektiven zu eröffnen. Da keiner so recht mit dem schnellen Zusammenbruch der ParteiStaaten<sup>1</sup> gerechnet hatte, war die Überraschung, die Euphorie anfangs groß.

Wenn heute, vier Jahre später, aus Westeuropa nach Osten geblickt wird, so haben sich neue Sorgen über den möglichen Entwicklungsweg Osteuropas eingestellt. Neben einem heute möglichen größeren Realismus in der Analyse lassen sich aber auch deutliche Fehlperzeptionen feststellen, die sich in der Auffassung zusammenfassen lassen: Demokratie ist nur möglich, wenn Osteuropa alles das nachholt, was sich im Westen des Kontinents schon lange bewährt hat. Eine andere Variante des neuen Realismus, der bei genauerem Hinsehen Osteuropa bereits wieder abgeschrieben hat, beruft sich auf die Geschichte, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu erklären. Die Sowjetunion habe in ihrem Einflußbereich nicht zufällig das Gebiet gehabt, das schon seit der Abspaltung Ostroms im 4. Jahrhundert seinen vom west- und nordwesteuropäischen Kernbereich getrennten Weg gegangen sei. Wenn aber etwas so lange so anders war als der Westen, warum sollte heute eine Wende möglich sein?

Ich will nicht leugnen, daß ich diese Position nicht teile. Mir scheinen sowohl die bezeichnete Euphorie wie die Skepsis zu wenig der tatsächlichen Situation Osteuropas zu entsprechen. Die Argumente sollen im Verlaufe der Vorlesung noch im einzelnen formuliert werden. Die beunruhigenden Tatsachen wie den Krieg in Jugoslawien, der nicht enden will oder den nachlässigen Umgang mit den Rechten der Minderheiten in vielen Staaten dieser Region sehe ich auch. Und die Rückbesinnung auf autoritäre Tra-

ditionen der Geschichte vor Beginn des Staatssozialismus ist ebenfalls nicht zu übersehen. Josef Pilsudski wird von verschiedenen politischen Kräften in Polen für sich reklamiert und Miklos Horthy ist gerade im letzten Jahr wieder ins Blickfeld nicht nur des rechten Parteienrands in Ungarn gerückt. Noch schwerwiegender ist wohl das sichtbar werdende Bestreben wichtiger Teile der russischen politischen Klasse ihren Staat wieder um den Gedanken einer regionalen Hegemonialmacht zu konsolidieren.

Die Vorlesung versucht auf die Frage zu antworten, worin die Wurzeln für den Hang zur Diktatur und zur außenpolitischen Gewaltpolitik in dieser Region bestehen. Ich möchte dabei auf drei Fragenkomplexe eingehen: erstens auf den Begriff der Diktatur selbst; zweitens auf das Schicksal der Demokratie im Osteuropa der Zwischenkriegszeit; schließlich will ich, drittens, den Staatssozialismus zu diesem Schicksal in Beziehung bringen. Am Ende steht ein kurzes Resümee, in dem die Perspektiven und Gefährdungen der Demokratie in Osteuropa gestreift werden sollen.

## **Wesen und Wurzeln moderner Diktaturen**

Wenn man solche Begriffe wie "Diktatur" und "Demokratie" für heutige Analysen verwenden will, tut man gut daran, sich der Geschichte der Diskussion um sie zu erinnern. Insbesondere gilt das für den Begriff der "totalitären Diktatur". Er ist in hohem Maße durch die Atmosphäre der Jahrzehnte seiner Entstehungszeit geprägt. Anfangs war er Instrument der engagierten Auseinandersetzung mit beiden Formen gewaltsamer Herrschaft, die in den 20er und 30er Jahren den Siegeszug der liberalen Demokratie stoppten, der faschistischen bzw. nationalsozialistischen Diktaturen und der stalinschen Sowjetunion. In den 50er und frühen 60er Jahren wurde die Totalitarismustheorie dann zur dominierenden Deutungsvariante des sowjetischen Sozialismus, wobei die Parallelen zum deutschen Nationalsozialismus bewußt hervorgehoben wurden, um negative Emotionen zu mobilisieren. Daß war sowohl durch objektive Gegebenheiten bedingt - die

großen faschistischen Diktaturen waren 1945 zusammengebrochen, die sowjetische war bestehen geblieben -, als auch durch den Geist des Kalten Krieges geprägt, der Feindbilder hier wie dort benötigte. Spätestens aber im Umfeld der 68er Bewegung verlor diese theoretische Deutung des Sozialismus sowjetischen Typs dann ihre Plausibilität. Der nach 1989 von bestimmter Seite massiv beklagte Siegeszug der Modernisierungstheorie in der DDR- und Kommunismusforschung begann.

Ganz anders stellte sich die Situation in den osteuropäischen Ländern dar: dort verlor eine immanente Kritik des realisierten Sozialismusmodells spätestens mit den Panzern in Prag ihre Anhänger, und die Opposition zu den herrschenden Staatsparteien entdeckte die härteste Variante einer direkten Kritik der herrschenden Macht, die Totalitarismustheorie, für sich. Der Begriff "totalitäres Regime" wurde in Osteuropa zum hauptsächlichen Kampfbegriff für Demokratie und Menschenrechte gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem er im Westen an öffentlichem Einfluß verlor. Der dem Konzept immanente Vergleich zum Nationalsozialismus und Faschismus wurde bewußt genutzt, um die eigene Distanz zum M-L zu vergrößern oder demonstrativ zu betonen. Ähnliches geschah in der Geschichtsdiskussion in der Spätphase der sowjetischen Perestrojka in der UdSSR nach 1988.

Solche Kampfbegriffe haben ihre Zeit in Situationen scharfer Bedrohung des Gemeinwesens. Heute hingegen erscheint eine Renaissance der Totalitarismustheorie, zumindest wenn damit das Denken in der absoluten Entgegensetzung von einerseits Diktatur andererseits Demokratie wieder belebt werden soll, keine zeitgemäße Antwort zu sein. Notwendig ist eher eine stärkere Differenzierung verschiedener Arten von Diktatur und Demokratie und ihrer funktionalen Abhängigkeiten von je konkreten Prozessen sozialen Wandels zu sein. Nur dann auch können die konkreten Gefährdungen der osteuropäischen Demokratien und das spezifische Ausmaß der antidemokratischen Gefahr bestimmt werden.

Es soll mit einem solchen Herangehen ganz gewiß nicht gelehnet werden, daß persönliche Betroffenheit ein wichtiger

Antrieb auch der wissenschaftlichen Analyse sein kann. Ein existentielles Interesse an Klarheit über den Gegenstand der Analyse, hat gerade diejenigen, die sich seit den 30er Jahren mit den spezifischen Gefahren moderner Diktaturen beschäftigt haben, umgetrieben. So schrieb etwa Herbert Marcuse im Vorwort zu "Demokratischer und autoritärer Staat", einem postum herausgegebenen Band von Texten des nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Juristen Franz Neumann, daß sein Kollege in seinen letzten Lebensjahren versucht habe, "Antwort auf die schreckliche Frage zu finden, warum menschliche Freiheit und menschliches Glück auf derjenigen Stufe reifer Zivilisationen dahinschwanden, auf der die objektiven Bedingungen, sie zu verwirklichen, größer waren als je zuvor."<sup>2</sup> Übrigens war auch im östlichen Lager, unter der humanistisch orientierten Intelligenz, eine solches Entsetzen über beide schrecklichen Wunden am Körper der europäischen Zivilisation, den Faschismus und die Stalinsche Schreckensherrschaft, verbreitet. Ich will hier nur den sowjetrussischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg aus seinen Memoiren anführen: "... mich erschütterte weniger der Eintritt Hitlers in die Arena der Geschichte als die Schnelligkeit, mit der sich die Metamorphose der deutschen Gesellschaft vollzog. ... Die Bremsen der Zivilisation waren zu labil gewesen und hatten bei der ersten Belastung versagt. Aber was rede ich von den Faschisten. Ich habe erlebt, daß Menschen einer fortgeschrittenen Gesellschaft, die den edelsten Ideen zu leben schienen, Gemeinheiten begingen ... Kameraden und Freunde verrieten, daß die Frau sich vom Manne lossagte und der eifertige Sohn den bedrängten Vater anschwärzte."<sup>3</sup> Moralische Entsetzen und moralische Abscheu können durchaus starke Motive des wissenschaftlich Suchenden sein, nur müssen diese Gefühle unter rationaler Kontrolle bleiben.

Differenzierung in der Verwendung der Begriffe Diktatur und Demokratie ist auch notwendig, wenn der deutsche Nationalsozialismus mit dem deutschen Sozialismus verglichen werden soll. Wie kann ein allgemeiner Begriff von Diktatur gewonnen werden, der sowohl in der Lage ist, die gemeinsamen Züge der politischen Formen beider Gesellschaften herauszufinden, als

auch den wichtigen faktischen und funktionalen Unterschieden auf die Spur zu kommen?

Diktatur als Knebelung der Gesellschaft durch die politische Macht, ausgeübt durch eine Person oder eine kleine Gruppe, nutzt die normalen staatlichen Institutionen in besonderer Weise. In diesem Sinne muß eine Analyse der Diktatur mit der des Staates beginnen. Staaten sind komplexe Institutionen: eine (unterschiedlich mächtige) Zwangsorganisation, eine weitverzweigte und umfangreiche Bürokratie - mit ihren Instrumenten: Steuern, Subventionen und Zölle, um auf die Wirtschaft Einfluß zu nehmen, sowie Justiz, Polizei, das Diplomatenkorps als Instrument der Außenpolitik, die Armee.<sup>4</sup> Aus einer Arbeit des schon erwähnten Franz Neumann stammt die folgende Bestimmung allgemeiner Methoden, Verfahren der staatlicher Machtausübung: er kennt Überzeugung, zweitens Gewährung oder Entzug von materiellen Vorteilen und drittens Gewalt (deren Grenzfälle einerseits die Erziehung, andererseits das Töten der Unterworfenen sind).<sup>5</sup> Alle Staatsformen kennen diese Verfahren. Jeweils andere Kombinationen davon charakterisieren Demokratien oder die unterschiedlichen Formen von Diktaturen. Vor allem aber unterscheidet sie der unterschiedlich organisierte Zugang zum staatlichen Zentrum der politischen Macht. In Diktaturen ist die politische Macht immer das verteidigte Monopol einer kleinen Gruppe.<sup>6</sup> Andere potentielle Anwärter auf die Macht werden mit allen Mitteln ferngehalten. Dieses Fernhalten ist der rationelle Kern aller politischen Brutalität gegen Individuen in Diktaturen jeder Art und es ist gleichzeitig eine Quelle sozialer Ungleichheit. Nicht zufällig wird dieses Detail der großen Maschinerie der Macht zum Gegenstand der wohl am meisten verbreiteten politikwissenschaftlichen Definition von Demokratie, der "realistischen Theorie der Demokratie" Schumpeters: "die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben".<sup>7</sup>

Nach diesem allgemeinen Anlauf soll nun auf die schon genannten unterschiedlichen Diktaturen eingegangen werden. Seit An-

fang 1933 übte die NSDAP-Führung mit Unterstützung von Teilen der deutschen Eliten diktatorische Macht aus, wobei sie diese im Verlaufe des besagten Jahres schrittweise ausweitete und festigte: nach Reichskanzlerschaft die Ausschaltung politischer Konkurrenten durch das Ermächtigungsgesetz, sodann polizeiliche Gewalt und brutaler Bandenterror, Säuberungen der Verwaltungen und Einsetzung eigener Gewährsleute, Vernichtung der Gewerkschaften, Beseitigung des Föderalismus. Nicht unwesentlich war auch die Installierung eines wirksamen Feindbildes: die beginnende Judenverfolgung, mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April, sowie dem Gesetz über die Ausstoßung der Deutschen jüdischer Abstammung aus dem Berufsbeamtentum.<sup>8</sup> Soweit das Jahr 1933. Vorhin wurde allgemein von "Brutalität" gesprochen, bei einzelnen Diktaturen läßt sich die Bilanz der Opfer immer genauer angeben. Es wird geschätzt, daß bis Ende 1933 fünf- bis sechshundert Tote zu beklagen waren und wahrscheinlich mehr als 50 Tausend Menschen in die schnell geschaffenen Konzentrationslager eingewiesen wurden.<sup>9</sup>

Bis zu diesem Punkt ist die Bilanz zwar grausam, aber im Vergleich mit anderen "modernen Diktaturen" (ein Begriff, der den Unterschied zu den Diktaturen in traditionellen Gesellschaften kenntlich machen soll) war sie nicht außergewöhnlich. Erst danach bildeten sich die Züge heraus, die die historische Einmaligkeit des nationalsozialistischen Staates ausmachen. Es sind nach allgemeiner Überzeugung die beiden folgenden: der von ihm verschuldete Weltkrieg und die Vernichtung ganzer Menschengruppen wegen angeblicher Minderwertigkeit. Es gibt allerdings bei einzelnen Autoren die Auffassung, daß der Krieg ebenfalls zu den normalen Kosten staatlicher Herrschaft zählt.<sup>10</sup> Eine solche Einschätzung halte ich nicht allein wegen der hohen Zahl seiner Opfer für falsch, sondern auch deshalb, weil er der zentrale Punkt ist, auf den diese Diktatur zustrebte. Der Krieg um die Erweiterung des "Lebensraums der Herrenrasse" stand von Anfang an auf dem diktatorischen Programm, war dessen höchste Konsequenz, möglich nur durch die seit 1933 erfolgte Mobilisierung der Deutschen für die nationalsozialistischen Ziele im Innern.

Bevor ich nun die nationalsozialistische Diktatur mit der diktatorischen Substanz der DDR vergleiche, muß ich ein Drittes dazwischen schieben. In den dreißiger Jahren existierte mit der stalinschen Sowjetunion ein Regime, das sich im Maß der Brutalität staatlicher Gewalt gegen seine Bürger nicht vom Nationalsozialismus unterschied. Auch dieses Regime hatte alle Instrumente der Macht in seinen Händen konzentriert, die Organisation autonomer politischer Kräfte - ob innerhalb von Parteien oder auf der örtlichen Ebenen des Staates - schrittweise zerschlagen und seitdem fortlaufend verhindert. Es arbeitete ebenfalls mit deutlichen Feindbildern sowohl nach außen als auch nach innen, die ahumanen Tendenzen der Herrschaftsideologie wurden u.a. in der Bezeichnung politischer Gegner als "Ungeziefer" und "Schädlinge" deutlich. Trotz dieser Parallelen, die sich mühelos weiterführen ließen, sind die Differenzen beider Diktaturen deutlich: innerhalb der UdSSR gab es kein Programm einer ideologisch begründeten, systematischen Vernichtung ganzer sozialer Gruppen, in der stalinschen Politik haben die Historiker keine Anzeichen für die Existenz den Hitlerschen Ambitionen ähnlicher aggressiver Weltherrschaftspläne ausmachen können.

Ist diese Differenz zufällig? Wie wäre sie zu erklären? Innerhalb des Herrschaftsapparates der stalinistischen Sowjetunion gab es ebenfalls keine institutionellen Gegengewichte gegen die diktatorische Macht der Gruppe um Stalin. Vielleicht war die Macht sogar noch weitgehender zentralisiert als im nationalsozialistischen Deutschland. Anders war jedoch die legitimierende Ideologie beider Systeme. Es gab auch im dogmatisierten Marxismus keine unversöhnliche Feindschaft gegenüber bestimmten sozialen Gruppen im eigenen Volk ähnlich der "Herrenvolk - Untermenschen"-Relation in der nationalsozialistischen Ideologie. Die ideologisch fixierten sozialen Gegner, die Eigentümer an den Produktionsmitteln, waren auf dem Zenit der Machtentfaltung der Diktatur bereits lange ihrer sozialen Existenzgrundlagen verlustig gegangen und mußten nicht mehr auf andere Weise verdrängt werden. Das für die eigene Gesellschaft angestrebte soziale Ziel - die Verwirklichung des Kommunismus - sollte auch nicht durch Vernichtung anderer Völker verwirklicht werden. Eine Reihe

konkreter ideologischer Ziele strebte zudem etwas an, was innerhalb des nationalsozialistischen Deutschland überhaupt nicht nötig war, eine nachholende Modernisierung der Gesellschaft. Die stalinsche Diktatur war nicht nur objektiv, sondern auch teilweise auf Grundlage ihres Programms eine Modernisierungsdiktatur. Nach außen war sie eher defensiv auf die Absicherung der einmal eroberten Positionen gerichtet, aber auf mehr nicht. Schließlich liegt in diesem Bereich der andersartigen Ziele auch die prinzipielle Quelle für die post-stalinistische Dynamik begründet: der Widerspruch zwischen dem angezielten idealen Zustand und der tatsächlichen Politik war der Ausgangspunkt für Reformen nach Stalins Tode.

Nach dem Krieg drang im Ergebnis der militärischen Niederlage Deutschlands und seiner konservativen Verbündeten in Zwischeneuropa die stalinsche Herrschaftsform nach Westen vor. Hier wurde sie aber - im Verhältnis zu ihren Formen in der Sowjetunion Ende der 30er Jahre - wichtigen Modifikationen unterzogen. Zwar waren bestimmte grundsätzliche Herrschaftsstrukturen in allen staatssozialistischen Diktaturen gleich - etwa der omnipotente Einfluß der obersten Schicht des Parteiapparates, das erhebliche Gewicht der Staatssicherheit innerhalb des Staates, der Terror als "ultima ratio" der Herrschaft - aber in den osteuropäischen Staaten erreichte das Ausmaß der Brutalität nie dasjenige des klassischen Vorbildes. Dazu kam, daß die Anpassung an das sowjetische Modell nicht sofort nach 1945 vollzogen wurde, sondern erst 1947 massiv einsetzte. Die Chruschtschowschen Reformen, vor allem aber der XX. Parteitag der KPdSU 1956 öffneten dann den Weg zu einer teilweisen Liberalisierung des Systems und zu größerer Eigenständigkeit. Schließlich war das Bild der einzelnen Staaten noch durch besondere Bedingungen geprägt, etwa die DDR bis 1961 durch ihre durchlässige Grenze zur BRD als einem Hemmnis für eine grenzenlose Anwendung diktatorischer Macht, aber auch durch eine stärker auf die Unterstützung in verschiedenen sozialen Schichten ausgerichtete Politik der SED-Führung, ein Moment, das selbst nach 1961 nicht verschwand. Zweifellos besaß die Politik der SED eine gewisse Unterstützung bei der Aufbaugeneration, deren Spuren nicht nur in der faktischen langjährigen

Stabilität der DDR nachweisbar sind, sondern die auch mittels der Oral-History-Forschungen Lutz Niethammers aufgefunden werden konnten.<sup>11</sup> Ab den siebziger Jahren stellt sich dann das Bild noch anders dar. Hier kommt es trotz Beibehaltung aller wesentlichen Machtstrukturen zu einem weiteren Abstumpfen der Machtmittel, zu ihrer liberalisierten Anwendung durch den Versuch, die eigenen ideologischen Zielvorstellungen den Lebensorientierungen einer Mehrheit stärker anzunähern.

Um noch einmal meine These von der notwendigen Differenzierung des Begriffs der Diktatur in Erinnerung zu rufen, möchte ich das bisher Gesagte auf folgende Weise resümieren:

Weder war die Diktatur der SED-Führung in der DDR außenpolitisch so verbrecherisch, noch innenpolitisch so menschenverachtend wie der "FührerStaat"<sup>12</sup>. Wenn man die im Vollzug der Konzeption von der Abschaffung des Privateigentums begangenen Ungerechtigkeiten abzieht, bleiben immer noch mehrere Dutzend politisch motivierte Todesurteile, vor allem aus den fünfziger Jahren - unter Honecker kaum noch -, es bleiben die Opfer an der Mauer, es bleiben natürlich tausendfach verbaute Lebenschancen, verspielter Nationalreichtum, versperrte politische Partizipation. Aber klar wird auch, daß die Verbrechen des Nationalsozialismus und die der stalinschen Diktatur in der Sowjetunion der dreißiger Jahre qualitativ andersartige Erscheinungen sind.

Um unterschiedliche diktatorische Staatsformen voneinander unterscheiden zu können, genügt es nicht, nur einzelne Erfahrungen gegeneinander abzuheben, sondern es bedarf auch weiterer begrifflicher Unterscheidung. Dafür scheint mir eine Differenzierung des Begriffs von Diktatur und Demokratie hilfreich zu sein, die sich bei Franz Neumann in seinen Versuchen einer "Theorie der Diktatur" findet.<sup>13</sup>

Neumann unterscheidet verschiedene Formen der Diktatur, nämlich traditionelle, caesaristische und totalitäre, von denen einzig und allein die letzte eine der modernen Gesellschaft eigene Form ist. Er analysiert eine Reihe historischer Beispiele für Form zwei und drei, und kommt zu einem - zunächst überra-

schend scheinenden - Ergebnis: zumindest die modernen Formen von Diktaturen sind nicht allein Ergebnis individueller Willkür, sondern wurzeln alle in einem gesellschaftlichen Bedürfnis. Diese Aussage will ich noch einmal unterstreichen, sie ist zudem dem grundlegenden Argument von Barrington Moore verwandt.<sup>14</sup> Wenn man aber emotional akzeptiert, daß Diktaturen einem gesellschaftlichem Bedürfnis entsprechen können, dann kann man auch Neumann in seiner Auffassung folgen, daß “die übliche Konfrontation von liberaler Demokratie und Diktatur als Antithese von Gut und Böse” nicht aufrecht erhalten werden kann.<sup>15</sup>

Diktaturen - schreibt er - könnten die Demokratie in Notsituationen retten oder aber sie vorbereiten. Nur als total repressive Regime totalitären Typs seien Diktaturen die völlige Negation der Demokratie. Aber selbst hier lohne es sich, nach den gesellschaftlichen Tendenzen zu fragen, die sie bedingen. Meist seien totalitäre Diktaturen aus (schwachen) Demokratien hervorgegangen oder aber sie seien zumindest durch die Idee der Demokratie in ihrer Gestalt modifiziert. Sie sind dann gezwungen, das **Ritual** der Demokratie zu praktizieren, obwohl deren Wesen völlig negiert wird.

Soweit einige Überlegungen zur Differenzierung und zum Zusammenhang von Demokratie und Diktatur. Auch für Osteuropa läßt sich in erster Analyse bestätigen, daß den Diktaturen bisher häufig Versuche der Konstituierung von Demokratien vorausgegangen sind. Selbst in Rußland entstand vor dem Oktoberumsturz der Bolschewiki die demokratische Republik, gingen die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung der Installierung der Einparteienherrschaft voraus, ja es gab selbst nach dem Oktoberumsturz noch bis zum Frühjahr nächsten Jahres eine Koalitionsregierung (wenn auch nur aus zwei Parteien bestehend). Zur Entwicklung Polens, Jugoslawiens, Bulgariens nach 1918 ließe sich ähnliches sagen.

Wenn das so ist, dann stellt sich die Frage, worin die Wurzeln dieses Umschlagens von Demokratie in Diktatur in Osteuropa im 20. Jahrhundert lagen.

## **Erfahrungen der Zwischenkriegszeit: Schwierigkeiten und Schicksale der Demokratie in Osteuropa**

Die Zwischenkriegszeit ist zu einem geläufigen Gegenstand von historischen und sozialwissenschaftlichen Analysen der osteuropäischen Entwicklung geworden. So fragt der ungarische Politikwissenschaftler Körösenyi, ob es nach dem Ende des Staatssozialismus zu einem "Revival of the past" in Gestalt zweier sich aneinander profilierender, sich bekämpfender Fraktionen der ungarischen Elite, der urbanen, liberalen beziehungsweise der national-populistischen Gruppierung kommt, denen nach Regionen unterschiedene, stabile Wählerneigungen entsprechen.<sup>16</sup> So wird von vielen Autoren mahndend auf die damals vorherrschende und heute drohende Tendenz zu autoritären Herrschaftsformen hingewiesen. Diese thematische Hinwendung zur Zwischenkriegszeit bekommt auch durch die praktische Politik der letzten Zeit einige Nahrung. Umbettungen bereits vor langer Zeit gestorbener Politiker der Jahre vor 1945 (in Ungarn von Horthy, in Polen von Sikorski und Moscicki<sup>17</sup>) sind sichtbarer Ausdruck davon. Man mag dies für nicht so wichtig halten, aber dann unterschätzte man die osteuropäische Vorliebe für Symbole, für großartige Rituale. Es sind nicht zufällig zwei Beerdigungen im Ungarn des Sommers 1989 gewesen, die den Wechsel der Zeiten zum Ausdruck brachten: zum einen die Umbettung Imre Nagy's, des Ministerpräsidenten der Zeit des Oktoberaufstandes von 1956, zum anderen die Beerdigung Janos Kadars, seines Genossen und Gegenspielers aus der gleichen Zeit, der an der Spitze des ParteiStaates stehend die Jahrzehnte danach geprägt hat. Zu **beiden** Veranstaltungen kamen Hunderttausende. Dort auf diesen Beerdigungen wurde vor Beginn des heißen Herbstes 1989 deutlich, was heute wieder als eine Tatsache des politischen Lebens anerkannt ist: es gibt beides, sowohl die Unumkehrbarkeit des Abschiedes vom staatssozialistischen Modell, das sich schon lange in einer Sackgasse befand, als auch die Zählebigkeit des Festhaltens eines erstaunlich großen Teils der Bürger dieser Staaten an den für sie vorteilhaften Momenten und den geglaubten Idealen dieser Gesellschaftsform. Die Geschichte Osteuropas in der Zwi-

schienkriegszeit ist also in der heutigen politischen Realität dieser Staaten in vielfältiger Weise präsent. Insofern scheint es für das Verständnis heutiger politischer Alternativen in diesem Raum nicht überflüssig zu sein, sich mit einigen historischen Tatsachen zu beschäftigen.

Wenn wir bis zum Beginn der Zwischenkriegszeit zurückblicken, dann drängt sich zunächst der Eindruck einer tiefen politischen Zerrissenheit auf. - Einerseits herrschte wie überall in Europa ein allgemeines Entsetzen über das sinnlose Hinschlachten einer ganzen Generation junger Männer im Feuer des jüngsten Krieges, andererseits waren gerade die damaligen osteuropäischen Politiker häufig Kriegshelden und von militärischem Geist durchdrungen.

- Einerseits war Jubel zu hören der selbstbewußten tschechischen und polnischen nationalen Eliten, deren Traum von der Konstituierung unabhängiger Nationalstaaten 1918 in Erfüllung ging, andererseits stöhnten die Bevölkerungen der Mittelmächte, zu denen Ungarn gehörte, unter dem Druck der ihnen von den Siegern auferlegten Lasten.
- Einerseits wurde lange unterdrückten Völkern die Freiheit im Rahmen neuer Nationalstaaten gegeben, andererseits kamen mit diesen Staatsgründungen andere Ethnien als Minderheiten unter die Herrschaft der dominierenden Staatsvölker, wodurch sich bald wieder Nationalitätenkonflikte einstellten.
- Einerseits erschien die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts, damit eine ungeheure Ausweitung der politischen Partizipation der Unterklassen sowie der Siegeszug der republikanischen Staatsform als Zeichen eines unwiderruflichen Sieges der Demokratie, andererseits waren diese Jahre auch die Geburtszeit der romantisch-autoritären Bewegungen in vielen europäischen Staaten, die jeweils unter nationalen Farben geboren wurden und die sich später, in den dreißiger Jahren, an das italienische oder deutsche Erfolgsmodell rechtsextremer Diktaturen anlehnten.

Die Zwischenkriegszeit erscheint so in Osteuropa als eine Zeit der Diktaturen, der Unterdrückung nationaler Minderheiten und der notfalls auch mit Waffengewalt gegeneinander ausgetragenen territorialen Forderungen.

Warum kam es in dieser Zeit, die zunächst wie der Sieg der demokratischen Idee im Innern und in der internationalen Arena aussah, bald schon zum Überwiegen autoritärer Regime? Vielleicht läßt sich die Antwort leichter finden, wenn der Vergleich gesucht wird zwischen der allgemeinen Tendenz und dem Sonderfall, der - wie Bibó sie genannt hat - "politischen Oase" Tschechoslowakei.<sup>18</sup> Als Repräsentant autoritärer Regime in Osteuropa soll zunächst der ungarische Staat unter dem Reichsverweser Miklos Horthy dienen. Danach will ich das Blickfeld um weitere osteuropäische Gesellschaften erweitern. Ich werde im folgenden zu diesem Vergleich vier Thesen aufstellen und erläutern.

**Erste These:** Für die unterschiedliche Entwicklung in diesen beiden Gesellschaften ist grundlegend die Situation verantwortlich, in die diese durch Sieg oder Niederlage im Weltkrieg gerieten.

Die Tschechoslowakei konnte nicht zuletzt deshalb nach dem Krieg als eigenständiger Staat gegründet werden, weil sie auf Seiten der Entente stand. Auch ein aus Freiwilligen gebildetes tschechisches Heer kämpfte auf deren Seite. Masaryk, der dem 1916 gegründeten tschechischen Nationalrat vorstand, hatte sich an Frankreich angelehnt. Ungarn hingegen war seit 1867 Juniorpartner des österreichischen Kaiserhauses.

Die unterschiedlichen Bündnisse führten zu gegensätzlichen Resultaten: Die einen bekamen ihren langersehnten eigenen Staat, die anderen verloren zwei Drittel ihres Staatsgebietes und ca. 60 % der Bevölkerung.

Triumph und Niederlage im Krieg als Grundlage für unterschiedliche politische Strategien nach dem Krieg? Da scheint etwas dran zu sein.

Unter diesen Bedingungen ist es verständlich, wenn die Demokratie der tschechischen Bevölkerung als natürlicher Ausdruck ihres Bündnisses mit der Entente erschien.<sup>19</sup> Der ungarischen

Oberklasse dagegen mag der Parlamentarismus nur als die verhaßte politische Form des Siegers im Kriege erschienen sein, während die Monarchie in ihren Augen als natürliche, weil einer glücklicheren Periode der nationalen Entwicklung verbundene politische Herrschaftsform dastand. Ungarn brachte es zu Extremen, der linken Räterepublik von 1919 einerseits, dem weißen Terror und der autoritären Regierungsform in den Jahren danach andererseits. Die demokratische Mitte blieb dagegen unausgefüllt.

Allerdings ist diese Erklärung nicht hinreichend, wenn man den Gesichtskreis auf weitere osteuropäische Länder der Zeit zwischen den Weltkriegen erweitert. Diktaturen gab es in großer Zahl, die stabile Demokratie blieb die Ausnahme. Auch Polen, das auf Seiten der Sieger stand und nach 1918 mit Hilfe der Entente als Staat wiedergeboren wurde, verwandelte sich aus einer labilen Demokratie sehr schnell in eine Staatsform, die der ungarischen ähnlich war. Und ein weiterer Sieger der Umverteilung nach dem Kriege, Rumänien - es verdoppelte Staatsgebiet und Bevölkerung, vor allem auf Kosten Ungarns, konnte die aus Frankreich importierten, die kopierten demokratischen Institutionen nicht recht mit Leben erfüllen, die Demokratie blieb eingeschränkt, um dann schließlich seit 1930 vom König immer mehr in eine offene Diktatur umgewandelt zu werden.

Eine **zweite These** soll deshalb formuliert werden: Von Bedeutung für die Stabilität einer Demokratie im Zwischenkriegseuropa war, ob eine Gesellschaft wie die der Tschecho-Slowakei nach 1918 bereits in hohem Maße modernisiert war, eine entwickelte Industriestruktur ausgebildet hatte.<sup>20</sup> Die Industrialisierung wird in dieser These als eine wesentliche Grundlage der stabilen Existenz demokratischer Institutionen begriffen.

Deutlich ist, daß in der Tschechoslowakei, zumindest im tschechischen Teil, eine größere Zahl von auf sozialökonomischen Klassen gegründeten Parteien existierten, daß in dieser Gesellschaft die modernere Form der politischen Parteien, die Klassenpartei, deren ältere Form, die Klientelpartei, abgelöst hatte. Hier

hatten sich Arbeiterparteien herausgebildet, die stärker waren als anderswo. Hier zeichnete sich eine stabile Konfliktlinie Arbeiter versus Unternehmer ab, während dessen in Ungarn und Polen für diese Zeit zwar auf die Bauernschaft gestützte Parteien nachzuweisen sind, aber die proletarischen Linksparteien ebenso schwach waren wie Parteien der Unternehmer. In der Tschechoslowakei bildeten sich während aller Jahre immer stabile, wechselnde Mehrheiten im Parlament heraus, in Ungarn existierte dagegen ein starkes Übergewicht einer um wenige Personen herum zentrierten Kräftegruppierung, die für ihre öffentliche Organisation verschiedene Parteinaamen fand. Die ungarische politische Elite blieb in ihrem Umfang begrenzt (nur zwischen ihren Flügeln fanden im Zeitverlauf gewisse Verschiebungen statt). In Polen existierten zwar relativ stabile Parteien, doch seit einem Staatsstreich 1926 regierte - welche Parteienkoalition auch immer im Parlament stark war, die rechten Nationaldemokraten oder eine Mitte-Links-Koalition von PPS und PSL - eine Gruppe von Offizieren der berühmten 1. Legion, die sich bis zu seinem Tod 1935 um den ehemaligen Führer dieser Truppe, Josef Pilsudski, gruppierte.<sup>21</sup>

Wenn sich in den drei genannten Ländern auch offensichtlich unterschiedliche Grade der sozialen Modernisierung in unterschiedliche politische Entwicklungen umsetzten, ist diese Tatsache jedoch nicht identisch mit einer direkten Abhängigkeit des politischen Fortschritts von wirtschaftlichem Erfolg. In allen Ländern der Region war die Zwischenkriegszeit kein Zeitraum großer wirtschaftlicher Erfolge. Zunächst benötigten die Länder Ostmitteleuropas relativ lange, um sich aus dem Schock der plötzlichen Abtrennung vom früheren einheitlichen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsraum zu erholen, dann traf sie die Weltwirtschaftskrise mit besonderer Wucht, die Erholung daraus leitete in die Zeit des zweiten Weltkriegs über. Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei war nur anfangs, in den zwanziger Jahren, erfolgreicher. Die Weltwirtschaftskrise dagegen traf diesen Staat stärker als die agrarischen Länder, da insbesondere die böhmische Leichtindustrie, das Rückgrat der tschechischen Industrie, im Strudel der Krise versank. Erst 1937 wur-

de wieder das Niveau der Industrieproduktion von 1929 erreicht.<sup>22</sup> Wirtschaftliche Prosperität ist nicht automatisch mit Demokratie, wirtschaftlicher Niedergang nicht alternativlos mit Diktatur verknüpft.

Meine **dritte These** lautet ausgehend davon: Es existiert ein wesentlicher Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der sozialen Spannungen in einer Gesellschaft und ihrer Neigung, diktatorische Regime zu akzeptieren. Die Zwischenkriegszeit ist auch ein Lehrbeispiel dafür, daß dann, wenn sich Rückstände in der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung mit nationalen Spannungen verknüpfen, und diese Mischung noch im Umfeld einer autoritären politischen Kultur stattfindet, eine stabile demokratische Entwicklung höchst unwahrscheinlich ist.

Diese These läßt sich auch umkehren: Eine demokratische Entwicklung ist nur möglich, wenn ein gewisses Maß an Spannungen zwischen Macht und Gesellschaft nicht überschritten wird. Nur wenn es gelingt, potentielle soziale Konflikte politisch zu differenzieren und ihre Kumulation zu verhindern, lassen sich divergierende Leistungsansprüche an die Politik auf demokratische Weise integrieren.

In der Tschechoslowakei war diese Bedingung selbst in den schwierigen dreißiger Jahren gegeben. Allerdings kam es auch hier zu einer, obgleich nur untergeordneten, Tendenz zu autoritärem politischem Handeln - Historiker wie Slapnicka haben das Regierungssystem dieser Periode als "autoritäre Demokratie" bezeichnet.<sup>23</sup> In den anderen Gesellschaften dieser Zeit konnte das Gleichgewicht zwischen Macht und Gesellschaft offensichtlich nur vermittels eines besonders gepanzerten politischen Zentrums und einer radikalen Einschränkung des Handlungsraums davon unabhängiger Akteure aufrechterhalten werden. Mit dieser These ist eine mögliche Präzisierung der oben erwähnten These Neumanns erreicht, der vom möglichen Bedürfnis der Gesellschaft nach Diktatur sprach.

Schließlich eine **vierte These**: Die Entscheidung zwischen Diktatur und Demokratie hing in Osteuropa zwischen den Weltkrie-

gen zu einem gewissen Grade davon ab, welchen individuellen Wertorientierungen die politischen Führer der damaligen Zeit folgten.

Es läßt sich zunächst feststellen, daß in Osteuropa nach 1918 häufig einzelne Personen über eine hohe Autorität als Politiker verfügten, und unangefochten an der Spitze des Staates standen. Dabei machte es keinen Unterschied, ob diese Personen die Rolle eines Diktators oder die eines demokratisch gewählten Präsidenten ausübten. Für die jungen Staaten Polen und die Tschechoslowakei waren Josef Pilsudski und Thomas Masaryk die Personen, die sich bei der Wiedergründung des Staates besondere Verdienste erworben hatten. Die Tatsache der nationalen Wiedergeburt hatte tiefe, politisch wirksame Spuren hinterlassen. Der Glanz dieser Gründungszeit fiel besonders auf die Politiker, deren Namen mit diesem Prozeß verbunden waren. Im gewissen Maße trifft das auch auf den Rumänen Ionel Bratianu (1864 - 1927) zu, der als Führer der Liberalen großen Anteil an der Neukonstituierung des wesentlich vergrößerten rumänischen Staates hatte. Es muß aber nicht immer die Aura des Erfolgs sein, die einem Politiker einflußreich werden läßt. Auch Führer in Zeiten des nationalen Notstands können sich mit ihrem Handeln eine herausgehobene Autorität verschaffen, die lange Zeit zu strahlen imstande ist. Das trifft etwa auf Admiral Miklos Horthy zu, den militärischen Führer des gegenrevolutionären Lagers in der Zeit der Niederschlagung der Räterepublik und des tragischen Friedensschlusses von Trianon, der sehr lange Zeit der Kristallisationspunkt des Staates blieb.

Wo einzelne Persönlichkeiten in so erheblichem Maße den Staat beeinflussen, da wird das Gemeinwesen auch mehr oder weniger stark durch deren subjektive Wertewelt geprägt. Und im Unterschied zwischen den Persönlichkeiten, einerseits Pilsudski und Horthy, andererseits Masaryk, könnte dann ein weiteres Moment einer Erklärung dafür liegen, warum die Polen und Ungarn stärker durch autoritäre Momente geprägt wurden, während die Tschechoslowakei den Weg einer relativ stabilen Demokratie ging.

Um diese These zu überprüfen, will ich hier auf zwei unterschiedliche Persönlichkeiten eingehen, deren historische Ausstrahlung auch noch in der Gegenwart zu verspüren ist, Thomas Masaryk und Josef Pilsudski.

Beide sind einer Zeit verpflichtet, in der sowohl die Demokratie in hohem Ansehen stand, als auch der Nationalstaat als natürliche Grundlage politischer Gemeinschaften angesehen wurde. Darüber hinaus trennt sie sehr viel. Masaryk war Philosoph. Seine Konzeption der Demokratie gründete sich auf ein humanistisches Bild von den Menschen und der Gesellschaft, auf ein Programm, das er seit seinem Studium der Philosophie bei Franz Brentano in Wien in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts verfolgte. Seine Beziehung zur Demokratie war auch durch die - im 19. Jahrhundert bekanntlich verbreitete - Überzeugung von der Unaufhaltsamkeit des menschlichen Fortschritts fundiert. In der Geschichte vollziehe sich eine Bewegung vom blinden Gehorsam zur rationalen Prüfung von Argumenten, von der Unterordnung unter die Autorität einer obersten Gewalt zur Freiheit der Kritik und Mitbestimmung. Demokratie war für ihn auf Diskussion begründet. Sie sei ein "Gespräch zwischen Gleichen, die Erwägung freier Bürger vor der ganzen Öffentlichkeit."<sup>24</sup> Die wichtigste Garantie der Demokratie war für ihn demzufolge die sittliche Verantwortung der Bürger. Die Demokratie habe deshalb ihre Mängel, ist Masaryk der Überzeugung, weil auch die Bürger Mängel aufweisen.<sup>25</sup> Erst danach wären die Institutionen Parlament, Verwaltung oder Polizei von Bedeutung. Bildung, kultureller Fortschritt allgemein, besaßen in seinem politischen Konzept einen zentralen Stellenwert. Entsprechend dieser Grundsätze versuchte Masaryk zu verfahren, seitdem er 1918 an die Spitze des Staates berufen wurde. Zwischen 1920 und 1935 wurde er dreimal zum Präsidenten gewählt. Seine Autorität war so groß, daß er selbst noch ohne größeren Widerstand seitens anderer politischen Kräfte seinen Nachfolger im Amt bestimmen konnte. Es war sein Schüler Edvard Benes.

Josef Pilsudski, Sohn einer polnischen Adelsfamilie aus Litauen, begann als Sozialist, entschloß sich aber nach der gescheiterten rus-

sischen Revolution von 1905/06 dazu, als Soldat für Polens Wiedergeburt zu kämpfen.<sup>26</sup> Später sollte er seine Wende selbst mit den Worten charakterisieren: “Lange Zeit sind wir zusammen in der sozialistischen Straßenbahn gefahren - ich bin an der Haltestelle ausgestiegen, die “Unabhängigkeit” heißt.”<sup>27</sup> Im Weltkrieg widmete er sich dem praktischen Aufbau einer polnischen Armee, zunächst an der Seite Österreichs. Ab Sommer 1917 entschloß er sich dann zum Kampf gegen die Mittelmächte und wurde in die Festung Magdeburg verbracht. Sein Anteil an der Wiedergeburt des polnischen Staates verlieh ihm eine hohe Autorität, weshalb er am 11. November 1918 zum Oberhaupt der neugegründeten Republik bestimmt wurde. Nach Annahme einer Verfassung, die die Macht des Staatsoberhauptes gerade mit Blick auf seine Person radikal einschränkte, gab er Ende 1922 verbittert sein Amt auf. An der Spitze seiner Truppen kehrte er am 12. Mai 1926 an die Macht zurück und begründete faktisch seine Alleinherrschaft.

Das Zentrum seines Denkens war die Wiedergeburt und Stärke seiner polnischen Heimat. Interessant für sein Gesellschaftsverständnis sind die Reden, die er unmittelbar nach seinem Staatsstreich im Mai 1926 hielt, in denen die Opfer seiner Aktion - es waren auf beiden Seiten ungefähr 1000 Menschen umgekommen - vor seinem Gewissen und den Bürgern rechtfertigte.

In der Periode der Demokratie habe - so Pilsudski - vor allem Parteihader geherrscht. Der Staat wäre schwach und die ihn repräsentierenden Personen seien schutzlos dem Kampf der Parteien ausgesetzt gewesen. Staatsposten seien klientelistisch von den regierenden Parteien verteilt und nach dem Wahlsieg anderer Parteien umverteilt worden. Pilsudski in direktem Zitat: “Über allem herrschte in Polen das Interesse des Einzelnen und der Parteien, es bestand Straflosigkeit für alle Mißbräuche und Verbrechen.”<sup>28</sup> Dem wollte Pilsudski ein Ende bereiten, indem er die Macht der Parteien und des Sejm beschränkte und die Stellung der Exekutive stärkte. Wenn aber die Staatsziele nicht im Wettbewerb der Parteien bestimmt werden sollten, woraus sollten sie sich dann herleiten? Auch hiervon hatte der Marschall klare Vorstellungen. Das Ziel sollte ein machtvolles und leistungsfähiges Polen sein, wobei der Staat auch sozia-

le Verantwortung zu tragen hatte. Er müsse mit seinen Mitteln auch verhindern, daß in der Gesellschaft “zuviel Ungerechtigkeit denen gegenüber” herrscht, “die ihre Arbeit für andere leisten”.<sup>29</sup>

Während der Erarbeitung einer zweiten, autoritär orientierten Verfassung Polens, Anfang der dreißiger Jahre, äußerte sich Pilsudski noch einmal umfassender zu seinen politischen Prinzipien: der Staat müsse so konstruiert sein, daß die grundlegenden Machtfaktoren Sejm, Regierung und Staatspräsident nicht “mehr miteinander streiten ..., sondern in Eintracht zusammenarbeiten.”<sup>30</sup> Die Kompetenzen von Präsident und Regierung sollten wesentlich erweitert, die des Sejm weiter eingeschränkt werden. Die untergeordnete Stellung des Sejm äußerte sich auch darin, daß das Prinzip der Immunität der Abgeordneten aufgehoben wurde.<sup>31</sup> Pilsudski sprach sich auch gegen eine Fixierung von Menschenrechten in der Verfassung aus, sie sei für die jetzige Periode völlig überflüssig.<sup>32</sup>

Diese Bemerkung rundet das Bild ab, das wir von Pilsudskis politischen Ansichten bekommen haben: sein Idealbild war ein starker Staat, dessen Geschlossenheit die Stärke der polnischen Nation absichert<sup>33</sup>, der aber auch für die Armen der eigenen Gesellschaft zu sorgen hat. Die politischen Konflikte wurden zu reduzieren versucht, indem die Gesellschaft autoritär eingeschnürt, die Parteien behindert und die Wahlen manipuliert wurden. An der Spitze des Staates sollte die überragende Autorität eines direkt gewählten Präsidenten für die politische Einheit sorgen. Hier zwang ein Soldat der Gesellschaft seine Vorstellungen von Gemeinschaftshandeln, von Pflicht und Ehre auf. Der Befehl sollte die Funktion ausfüllen, die in Masaryks Vorstellungen das Gespräch freier Bürger in der Öffentlichkeit realisierte. Das Militär erschien in Pilsudski's Denken als die einzige Institution, die keine partikulären Interessen vertritt und somit als Garant der Stärke der Nation.

Fassen wir diesen Gedanken zusammen: Persönlichkeiten spielen besonders dann eine Rolle, wenn sich zwischen den verschiedenen Akteuren einer historischen Situation ein labiles Gleichgewicht eingestellt hat. Ihr Handlungsraum wird durch die

jeweiligen Konfliktfronten bestimmt. Innerhalb des mehr oder weniger großen Raums freier Entscheidung, der historischen Alternativen, gewinnt dann größtes Gewicht, ob ein Politiker die Politik als den Raum des friedlichen Wettbewerbs unterschiedlicher Interessen und Werte ansieht, oder aber als den Hebel, mit dem eine moralische Elite Entscheidungen zum Wohle der Nation und der Armen gegen Widerstreben durchzusetzen vermag.

Bevor ich diesen Abschnitt beende, will ich noch einmal die Aussagen über die Ursachen für die unterschiedlichen Schicksale der Demokratie in verschiedenen Ländern Osteuropas während der Zwischenkriegszeit resumieren: in Abhängigkeit davon, ob die Staaten auf der Seite der Sieger oder der Verlierer des Krieges gestanden hatten, ob sie mehr oder weniger modernisiert waren, welcher politischen Orientierung ihre Führer folgten, neigte sich die Waage entweder der Demokratie oder der Diktatur zu. Eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung in die eine oder andere Richtung wird allerdings durch keinen dieser Faktoren für sich genommen bedingt.

Aus dieser historischen Analyse lassen sich m. E. weitergehende theoretische Hypothesen ableiten. Historisch einmal konsolidierte demokratische Institutionen sind besser in der Lage, die vielfältigen Konflikte der Interessen und Werte in einer differenzierten, modernen Gesellschaft zu regulieren als autoritäre Regierungsformen. Dies ist theoretisch unbestritten. Die osteuropäischen Erfahrungen lassen aber auch die folgende Annahme zu: Es gibt ein bestimmtes Maß an Spannungen, bei dessen Überschreiten die politische Stabilität des jeweiligen Gemeinwesens nur noch aufrecht erhalten werden kann, wenn die demokratischen Institutionen durch diktatorische Verstrebungen verstärkt werden. In solchen Situationen ist es prinzipiell möglich zwei Wege zu gehen: den Weg einer zeitlich begrenzten Diktatur (einer Notstandsdictatur nach dem Vorbild der antiken römischen Republik) oder aber den der dauerhaften Ersetzung demokratischer durch autoritäre Spielregeln. Die meisten Länder Osteuropas gingen im Verlaufe der 20er Jahre unseres Jahrhunderts den zweiten Weg.

## **Staatssozialismus als erfolgreiche Diktatur: Warum der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur nicht alles erklärt**

Warum kam es nun nach 1945 zu einer erneuten Auflage politischer Diktaturen in Osteuropa? Dafür gibt es verschiedene Deutungsmöglichkeiten. Man kann dem politischen Zwang eine entscheidende Rolle zusprechen, mit welcher Begründung auch immer, vielleicht mit der des Bildes von Mao Tse-tung, daß die Macht aus den Gewehrläufen kommt. Die Sowjetarmee, der KGB, sowjetische Berater sowie die einheimischen Helfershelfer der KPdSU realisierten eine Kopie der in der Sowjetunion nach 1917 entstandenen Diktatur, die durch die Persönlichkeit Josef Stalins geprägt war. Die Art, in der die Machtverhältnisse in den politischen Prozessen zwischen 1948 und 1952 gesichert wurde, in der das große Privateigentum abgeschafft und die Bauern in die faktische Enteignung getrieben werden sollten, in der jede Opposition vernichtet oder zumindest frühere oppositionelle Kräfte domestiziert wurden, spricht für diese These. Sie bezeichnet auch eine Schicht der Wirklichkeit, aber sie läßt eine ganze Reihe von Erscheinungen unerklärt.

Andere Erklärungen wurden entwickelt. So die These der unterschiedlichen politischen Kulturen. Der englische Historiker Longworth hat es kürzlich so formuliert: nicht zufälligerweise ging der "Eiserne Vorhang" fast genau an der Stelle nieder, an der sich über ein Jahrtausend früher die Ostgrenze des Reiches Karls des Großen befunden hatte. Oder anders ausgedrückt, der Gegensatz zwischen NATO und Warschauer Vertrag sei nichts weiter gewesen als eine historische Variation eines fundamentaleren kulturellen Gegensatzes zwischen Ost- und Westeuropa, der sich seit dem 4. nachchristlichen Jahrhundert langsam herausgebildet hat und mindestens seit 1000 Jahren stabil geblieben ist.<sup>34</sup> In der osteuropäischen Tradition, die vom russischen Staat am stärksten geprägt wurde, existiere ein anderes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, als in Westeuropa. Der Osten sei deshalb nicht zu dem kunstvollen, stets fragilen Gleichgewicht zwischen den verschiedenen politischen und sozialen Kräften fähig, die die Demokratie als Regierungsform erst möglich machen.<sup>35</sup>

Auch andere, weniger weit in die Geschichte hineingehende geschichtsphilosophische Deutungen sehen den Staatssozialismus nur als eine Fortsetzung alter Ost- Westgegensätze, als nicht gelungenen Versuch eines Teils der Semiperipherie des "Weltsystems" aus der seit 300 Jahren sich vertiefenden Abhängigkeit vom nordwestlichen Zentrum auszubrechen. 1989 führe nicht zu neuen Ufern, sondern zu alten Dilemmata zurück.<sup>36</sup>

Die Antwort dieser geschichtsphilosophischen Deutungen der osteuropäischen Geschichte auf die oben formulierte Frage lautet also: nach 1945 kam es zu Diktaturen, weil in Osteuropa keine historische Alternative dazu möglich ist. Und auch für die Zukunft sei somit eine andere Entwicklung sehr unwahrscheinlich.

Diese Geschichtsauffassung ist teleologisch und geschlossen, nach ihr wurde irgendwann einmal in grauer Vorzeit ein für allemal das Schicksal der Völker entschieden. Meine eigene Vorstellung von Geschichte ist eine andere. Geschichte ist für mich ein Prozeß, in dem jede Generation sich erneut zwischen unterschiedlichen Alternativen entscheiden muß, die ihre Wurzeln jeweils in unterschiedlich tiefen Schichten ihres von ihren Vorgängern zu verantwortenden Erbes haben.

Die jeweils gewählte geschichtsphilosophische Position hat allerdings nicht nur Konsequenzen für den politikwissenschaftlichen Diskurs. Sie kann auch die praktische Politik selbst beeinflussen. Als ein Beispiel dafür kann die bekannte Diskussion osteuropäischer Intellektueller über den Mitteleuropa-Begriff gelten. In den achtziger Jahren hat ein Teil der osteuropäischen Intelligenz für die eigenen Länder die Mitte Europa reklamiert und damit seine Entscheidung gegen die weitere Unterordnung unter sowjetische Imperialinteressen ausgedrückt. Auf diesem Weg wurde die geistige Freiheit erobert, die das praktische Handeln für die Demokratie und den Schutz der Menschenrechte einer immer größer werdenden Menschengruppe im Verlaufe der achtziger Jahre erst möglich machte, und das Jahr 1989 vorbereitete.

Wenn man nach den Ursachen dafür sucht, warum es nach dem zweiten Weltkrieg zur Wiederentstehung diktatorischer Regime

in Osteuropa kam, so muß man wieder auf das Problem des gesellschaftlichen Bedürfnisses nach Diktatur zurückkommen, das oben bereits angesprochen wurde. Die Diktatur wurde nicht nur 1947/48 vollendet, sondern sie blieb auch über einen längeren Zeitraum stabil. Das hat etwas damit zu tun, daß diese Regime von bestimmten Teilen der Bevölkerung mitgetragen wurden. Man muß die verbreitete Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem errichteten Regime nicht als Ausdruck einer Legitimität dieser Macht nehmen<sup>37</sup>, aber es war mehr als eine unter ständiger Gewaltzufuhr erzwungene Duldung. Bezogen auf die Individuen erklärt sich die Dauer der Diktatur durch mitunter sachkundigen Einsatz der anderen beiden allgemeinen Herrschaftsmittel, der Überzeugung und der Gewährung oder dem Entzug materieller Vorteile.<sup>38</sup> Politische Macht steuert aber nicht nur Individuen, greift nicht nur direkt in das Leben der Betroffenen ein, sondern sie dirigiert auch soziale Gruppen, beeinflußt das Klima in und zwischen ihnen. Ein Teil dieser Beziehungen existiert als Meinungsklima, das in jeder Gesellschaft spontan entsteht, auch wenn keine moderne, also medienvermittelte Öffentlichkeit existiert. Solange die "Bevorrechtigten" des Staatssozialismus eine informelle Meinungsführerschaft in diesen Gemeinschaften ausüben konnten, solange - auf die Familien bezogen - mindestens ein Sohn, eine Tochter, eine gute berufliche Position einnehmen konnte, erhielt die Diktatur in den Urteilen dieser Gruppen positive Bewertungen.

Die Aufbauprogramme der Staatsparteien in Osteuropa wurden über eine lange Zeit von einem - jeweils unterschiedlich großen - Teil der Bevölkerung als mögliche Verwirklichung der eigenen Zielsetzungen aufgefaßt.<sup>39</sup> Das war möglich, weil sie nicht nur mit Gewalt unterdrückten und mittels Angst herrschten, sondern weil sie mit ihrem Programm teilweise erfolgreicher Modernisierung auch soziale Aufstiege ermöglichten. Die zentralisierten, verstaatlichten Volkswirtschaften erlaubten in gewissem Maße die vor dem Krieg nicht aufgehobene wirtschaftliche Rückständigkeit der osteuropäischen Gesellschaften zu überwinden. Sie waren in diesem Sinne auch "Entwicklungs-diktaturen" (einem Begriff, der von Marxisten wie Werner Hof-

mann zur Deutung der sowjetischen Realität genutzt wurde).<sup>40</sup> Vor allem wurde diese Modernisierungsleistung in solchen Gesellschaften wie Bulgarien und Rumänien, aber auch Polen und Ungarn vollbracht.

Hier soll die These aufgestellt werden, daß die staatssozialistische Diktatur deshalb über viele Jahrzehnte stabil war, weil sie es als Diktatur verstanden hat, den Entwicklungsbedürfnissen einer genügend großen Anzahl von Menschen in diesen Gesellschaften in akzeptablen Maße zu entsprechen. Dies gilt in besonderem Maße für die Nachkriegsgeneration, die die 50er und 60er Jahre mit wirtschaftlichem Aufbau und Reformhoffnungen nach Stalins Tode erlebte. Der Staatssozialismus war eben nicht nur Diktatur, er war auch der Versuch eines sozialen Umbaus der in Osteuropa existierenden abhängigen kapitalistischen Gesellschaften zugunsten der Unterschichten. Nach 1945 fand nicht nur der Abstieg der bisherigen, in Osteuropa meist zahlenmäßig kleinen Mittelschichten statt, sondern auch umfangreiche Aufstiege von Angehörigen der Unterklassen. Das diktatorische Programm einer kleinen Minderheit schuf sich so eine beeindruckende Schar von Anhängern.

Die von mir in provozierender Absicht bewußt zugespitzte These der Überschrift dieses Abschnitts der Vorlesung soll hier noch einmal wiederholt werden: Der "reale Sozialismus" war zunächst ein hervorragendes Beispiel einer erfolgreichen Diktatur. Er ging erst dann kaputt, als er auf die selbstproduzierten sozialen Bedürfnisse nur noch schlechtere Antworten produzierte als die Gesellschaft, in Konkurrenz zu der er ursprünglich entstanden war, und dies auch einer genügend großen Anzahl von Menschen zu Bewußtsein kam.

Der Staatssozialismus brachte eine Vielzahl von Nachteilen für die Bevölkerung mit sich, aber solange diese Nachteile durch als Vorteil empfundene Sozialleistungen aufgewogen wurden, blieb eine gewisse, wenn auch vorrangig passive Form von politischer Unterstützung stabil. Auch hier wieder zeigt sich, daß die Stabilität politischer Institutionen davon abhängig ist, ob diese als eine Form der Lösung auftretender sozialer Konflikte von der Bevölkerung

erlebt und empfunden werden. Zu den sozialen Leistungen der Diktatur, die ich hier nicht genauer bezeichnen will, kam noch ein ideeller Vorteil für eine bestimmte Gruppe von Menschen, die sich vor allem innerhalb der gebildeten Schichten fand: die staatssozialistische Diktatur war mit dem Versprechen gekoppelt, die Welt zu verändern, eine Antwort auf alle Probleme der Zeit zu bieten. Sie vermochte so immer wieder, besonders unter jungen Menschen Lebenssinn zu stiften. Diese moralische Selbstbindung der Diktatur wurde wiederholt zum Ansatzpunkt für ihre Kritiker. In den meisten staatssozialistischen Gesellschaften weichte allerdings bereits im Gefolge des Tauwetters der 50er und 60er Jahre diese moralische Bindung sowohl in der Führungsschicht als auch in der Intelligenz auf. Nicht so in der DDR. Hier wirkte sie noch in Gestalt ehrlicher Empörung über das sichtbar gewordene "gute Leben" der Führung in Wandlitz im November/Dezember 1989. Auch der größere Teil der DDR-Oppositionellen blieb vor der Maueröffnung dem sozialistischen Ideal verpflichtet.

Der mit dem Systemwechsel in Osteuropa endgültig eingetretene Sinnverlust für diese Schichten der Intelligenz wird sich in einer mehrheitlich den Kirchen entfremdeten Gesellschaft nicht einfach kompensieren lassen. Die zwischenzeitlich auftauchenden "Dritte-Weg-Utopien" waren sicher auch als ein Versuch einer solchen Neubestimmung weitergehender Ziele zu verstehen. Ein viel größerer Teil der Gesellschaft Osteuropas ist jedoch durch die Enttäuschung der 1989 und 1990 auftauchenden Hoffnungen auf eine Verbesserung der im Staatssozialismus erreichten eigenen sozialen Lage betroffen. Die Entscheidung für "Marktwirtschaft und Demokratie" war mit der Vermutung gekoppelt, die alten Leistungsdefizite des Staatssozialismus ließen sich nun mit Hilfe des Westens beheben. Es war abzusehen, daß sich bald politische Frustrationen verbreiten mußten.

## **Diktatur und Demokratie im heutigen Osteuropa: Wiederholung einer problematischen Geschichte oder Neubeginn mit neuen Chancen?**

Wenn man die verschiedenen Fäden des Vortrags zusammenknüpft, dann lassen sich für das Schicksal der neuen Demokratien in Osteuropa einige Annahmen formulieren:

1. Demokratie ist möglich in dieser Region, in der seit der Neuordnung der Machtverhältnisse am Ende des ersten Weltkrieges vorwiegend diktatorische Regierungssysteme existierten. Diese These kann sich auf die Analyse der demokratischen Entwicklung in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei stützen. Eine aktuellere Garantie bietet die Entscheidung einer großen Zahl von Angehörigen der intellektuellen Elite Osteuropas für Demokratie und Menschenrechte. Ihre Abwendung von der sozialistischen Utopie kann durchaus als Entscheidung für die Säkularisierung politischer Ziele verstanden werden, für eine diesseitige Orientierung auf eine Sinngabe des Politischen. In dieselbe Richtung wie die Entscheidung osteuropäischer Intellektueller wirkt sicher die Erfahrung der Vorzüge freiheitlicher Partizipation, die viele Bürger in dieser Phase erneuter Begründung der osteuropäischen Staatlichkeit erworben haben. Die politische Demokratie war auch im osteuropäischen Wendejahr keine Angelegenheit nur einer auserlesenen Minderheit. Zu Optimismus Anlaß bietet auch, daß der nationale Sprengstoff, der zwischen 1918 und 1945 das Leben der Völker erschwerte, zumindest in weiten Teilen Osteuropas entschärft wurde. Es sind, wenn auch teilweise mit zweifelhaften Mitteln - etwa der Vertreibung der deutschen Minderheit aus Polen und den tschechischen Ländern - stabile staatliche Grenzen gezogen worden, an die man sich - mit den Worten Bibós: "gewöhnen" konnte.<sup>41</sup>

2. Diese These muß durch eine zweite eingeschränkt werden. Die Anfänge von Demokratie in Osteuropa sind nach wie vor gefährdet. Die größten Gefahren verbergen sich in den falschen Erwartungen, die im Wettbewerb beider Systeme auf sozialem Ge-

biet entstanden sind. Die Zerstörung des RGW-Marktes, die Produktivitätsdifferenz zwischen der Produktion in den Betrieben des Staatssozialismus und die neoliberale Strategie der Einführung von Marktbeziehungen haben gemeinsam zu einem anscheinend langdauernden sozialen Absturz großer Teile der Bevölkerung in Osteuropa geführt. Daraus erwächst die Gefahr, daß der Wert der Demokratie im Denken einer Mehrheit vor dem der sozialen Absicherung zurücktritt.

Die politischen Initiativen der sozialistischen bzw. kommunistischen Arbeiterbewegung, liberaler Sozialreformer und katholischer Sozialpolitiker haben seit dem 19. Jahrhundert die Lage der arbeitenden Unterschichten im Westen Europas in einer solchen Weise verändert, daß extreme politische Konzepte keine Chance zu haben brauchen. Die Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit im Osten Europas auf die faire Chance einer auf eigener Arbeit beruhenden Wohlstandentwicklung ist also keine übersteigerte Erwartung. Nur ganz aus eigener Kraft können die osteuropäischen Gesellschaften diese Aufgabe gegenwärtig nicht lösen. Nicht so sehr falsche Erwartungen auf einen schnellen Anstieg des eigenen Lebensniveaus gefährden letztlich die Demokratie in Osteuropa, sondern die Unfähigkeit der westeuropäischen politischen Kräfte, den berechtigten sozialen Interessen der Osteuropäer mit einem gemeinsamen Konzept wirtschaftlicher Förderung der Region zu begegnen. Die zu lösenden Probleme sind hier viel komplizierter als im deutsch-deutschen Einigungsprozeß. Es ist allerdings auch mit schwerer als im Falle Ostdeutschlands zu bewältigenden Folgeproblemen zu rechnen, wenn Westeuropa gegenüber seiner osteuropäischen Verantwortung versagt.

3. Die zweite These greift nur eine von vielen Bedingungen des Gelingens oder Scheiterns der osteuropäischen Transition zur Demokratie auf. In dieser dritten These soll noch einmal die "Überdeterminiertheit" des Prozesses, die tatsächliche Offenheit der Situation betont werden. Die Schwierigkeiten der politischen Entwicklung, die sich besonders in der Möglichkeit der Etablierung neuer Diktaturen in Osteuropa äußern, wurzeln nicht allein in Problemen, die sich mittels demokratischer Institutionen lösen lassen. Hier sind die sozialen und wirtschaftlichen Leistungen poli-

tischer Systeme gefragt. Aber der schließliche politische Ausgang aus der heutigen tiefen Krise der osteuropäischen Gesellschaften ist auch nicht einfach ein Resultat vorhandener Wirtschaftspotentiale, sondern er wird sich aus einem komplizierten, in seinen Resultaten höchst ungewissen Wechselspiel ergeben zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Gesellschaften und der Bereitschaft Westeuropas zur Solidarität, zwischen der Phantasie und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft und dem Ausgang der internen Entscheidungsprozesse zwischen national und europäisch orientierten Politikern in Osteuropa, zwischen den sozialen und politischen Interessen der osteuropäischen Bevölkerung, die von der Mobilisierungsfähigkeit ihrer Parteien und Politiker beeinflußt werden wird. Auch einzelne Persönlichkeiten werden wie zwischen den Kriegen ihre Spuren hinterlassen. Es muß sich noch zeigen, wie die Persönlichkeiten beschaffen sind, die in diesem Gründungsprozeß auf den vorderen Rand der politischen Bühne geraten sind. Manches spricht dafür, daß sie demokratischer gesonnen sind, als die Mehrzahl der osteuropäischen Politiker vor 1945 und danach.

Also: Keine vorgegebene Entscheidung für Demokratie oder Diktatur läßt sich aus meiner Sicht ablesen, sondern eine offene Situation. Unterschiedliche Optionen der handelnden Kräfte zeichnen sich ab. Eine osteuropäische Zukunft, in der die Rechte der Minderheiten ebenso geschützt sind wie die Entscheidungen von Mehrheiten durch die unterlegenen Gegner akzeptiert werden, ist durchaus noch möglich. Das scheint mir ein genügend ermutigender Ausblick zu sein, um hier für heute einen Punkt zu setzen.

# Anmerkungen

- 1 “ParteiStaat” soll ausdrücken, daß es sich hier um eine besonders enge Verflechtung einer politischen Partei mit dem Staatsapparat handelt. Obwohl zu jedem wichtigen Gegenstand politischer Regelung mindestens zwei bis drei parallele Apparate bestanden, war doch durch die “führende Rolle der Partei” die einheitliche Wirkung dieser Apparate gesichert. Staat und Partei erschienen als eine Institution, eben als “ParteiStaat” oder aber als “StaatsPartei”.
- 2 Herbert Marcuse: Vorwort zur amerikanischen Ausgabe der Sammlung von Schriften Franz Neumanns. In F. Neumann: Demokratischer und autoritärer Staat. Frankfurt a.M., Fischer Taschenbuch Verlag, 1986, S. 7.
- 3 Ilja Ehrenburg: Menschen, Jahre, Leben. Memoiren. Band 2. Berlin, Verlag Volk und Welt, 1978, S. 54.
- 4 Franz Neumann “Ökonomie und Politik im 20. Jahrhundert. In Derselbe: Demokratischer und autoritärer Staat. Frankfurt a.M., Fischer Taschenbuch Verlag, 1986, S. 255.
- 5 Siehe F. Neumann: “Ansätze zur Untersuchung politischer Macht” In: Ebenda, S. 87. Er stützt sich bei diesen Ausführungen auf M. Weber: Politik als Beruf. In: Gesammelte Politische Schriften. München 1921.
- 6 F. Neumann: Notizen zur Frage der Diktatur. In Ders. Demokratischer und autoritärer Staat. A.a.O., S. 224.
- 7 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen, Francke Verlag, 19876, S. 428.
- 8 Gerade das letzte Gesetz läßt etwas deutlich werden, was einem vereinfachten Verständnis von Diktatur entgehen könnte: diktatorische Maßregeln müssen nicht nur innerhalb der herrschenden Schicht Nutznießer haben. Siehe dazu Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1992, S. 776: “Deutschland war ein armer und übervölkerter Staat, der Lebenskampf des einzelnen sehr hart, für jeden Platz gab es Anwärter die Fülle; mancher, dem bisher im Leben kein Erfolg beschieden war, konnte nun einrücken und aufrücken.”
- 9 Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt a.M./ Berlin, Ullstein, 1991, S. 552.
- 10 Sebastian Haffner hat den Krieg in seinen “Anmerkungen zu Hitler” nicht als Verbrechen eingestuft, weil es so viele Vorläufer der deutschen Eroberungspolitik gegeben habe. Haffner behauptet, daß Massaker an Kriegsgefangenen in der Hitze der Schlacht, Bombardierung von Wohngebieten im Luftkrieg, Versenkung von Passagierdampfern im U-Boot-Krieg normale Kriegsverbrechen sind, weshalb auch nicht sie den Kern

des Verbrechens Hitlers ausmachen, sondern die planmäßige Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen zur eigenen Befriedigung des Diktators. Er zählt mit Reinhard Henkys (dessen Schrift "Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen" er hier zitiert) dazu die Vernichtung von Geisteskranken, von Zigeunern, der polnischen Intelligenz und den Mord an den Juden. Siehe Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler. Frankfurt a. M. 1990, S. 121, 129 f.

- 11 Siehe Lutz Niethammer: Die volkseigene Erfahrung. Berlin 1991.
- 12 Dieser Begriff ist analog zum dem des "ParteiStaates" gebildet, auch hier soll durch ungewöhnliche Schreibweise begrifflich auf ein spezifisches Moment des Staates in den nationalsozialistischen oder faschistischen Diktaturen aufmerksam gemacht werden.
- 13 Gemeint sind einige Aufsätze aus Franz Neumann: Demokratischer und autoritärer Staat. A.a.O., vor allem "Notizen zur Frage der Diktatur", "Angst und Politik", "Ökonomie und Politik im 20. Jahrhundert".
- 14 Siehe Barrington Moore: Die sozialen Wurzeln von Diktatur und Demokratie. Frankfurt a.M. 1969.
- 15 Siehe ebenda, S. 238.
- 16 András Körösi: Revival of the past or new beginning? The nature of post-communist politics. In: Democracy and political transformation. Ed. by György Szoboszlai. Budapest 1991, p. 171.
- 17 Die feierlichen Beerdigungszeremonien fanden alle im September 1993 statt, die Umbettungen polnischer Politiker dabei wohl nicht zufällig ein paar Tage vor den vorzeitig angesetzten Wahlen zum Sejm.
- 18 István Bibó: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei." Frankfurt a.M., Verlag Neue Kritik, 1992, S. 34. Die ungarische Erstausgabe dieser Schrift erschien 1946.
- 19 Der Weltkrieg selbst war durch Thomas G. Masaryk als Kampf zwischen den Idealen des Fortschritts, der Humanität und der Demokratie (auf Seiten der Entente) sowie dem Militarismus und dem theokratischen Absolutismus (auf Seiten der Mittelmächte) gedeutet worden. Siehe Otakar A. Funda: Thomas Garrigue Masaryk. Sein philosophisches, religiöses und politisches Denken. Bern u.a., Verlag Peter Lang, 1978, S. 210. Masaryks Orientierung auf die Entente war gekoppelt mit der entschiedenen Ablehnung einer Orientierung auf Rußland, die von slawophilen Kräften, etwa in der tschechischen Nationaldemokratie, vertreten worden war.
- 20 Vgl. zu den Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten Osteuropas in der Zwischenkriegszeit: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Band 6. Stuttgart 1985. In den tschechischen Ländern allein waren 70 % der Industrieproduktion Österreich-

Ungarns konzentriert.

- 21 Besonders ab der Ministerpräsidentschaft Slaweks, ab 29.3.1930, übten die Offiziere seiner Legion direkte politische Macht aus. Siehe zum Einfluß der 1. Legion Stanislaw Mackiewicz: Geschichte Polens vom 11.11.18 bis zum 17.9.39. London 1941 (in der dt. Übersetzung herausgegeben in Marburg 1956) sowie Josef Pilsudski: Gesetz und Ehre. (Auswahl aus "Pisma-Mowy-Rozkazy", Bd. 1-9, Warszawa 1928 ff.) Jena, Eugen Diederichs Verlag, 1935. In der Einleitung des zweiten Buches heißt es auf S.5: "Die Erste Brigade wird die Grundlage des neuen Staates."
- 22 Vgl. The Cambridge economic history. Vol. VIII. Ed. by Peter Mathias and Sidney Pollard. Cambridge u.a., Cambridge University Press, 1989, pp. 887 ff.
- 23 Helmut Slapnicka formulierte, daß das "Bestreben, die demokratischen Einrichtungen mit allen Mitteln zu schützen, die in der Verfassungsurkunde nicht vorgesehen waren oder mit ihr in Widerspruch standen", zu dieser Periode führte. Siehe H. Slapnicka: Recht und Verfassung in der Tschechoslowakei (1918 - 1938). In "Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik" (Hrsg. von Karl Bosl). München, Wien, Verlag Oldenbourg, 1969, S. 103. Den Begriff "autoritäre Demokratie" verwenden auch andere Autoren desselben Sammelbandes.
- 24 Karel Capek: Gespräche mit T. G. Masaryk. München, Rogner & Bernhard, 1969, S. 317.
- 25 Vgl. ebenda, S. 318/19.
- 26 Siehe die Einleitung zu J. Pilsudski: Gesetz und Ehre. A.a.O., S. 5.
- 27 Zitiert von S. Mackiewicz in der zitierten Arbeit (Anmerkung 19) S. 103.
- 28 So Pilsudski vor dem Sejm am 29.5.1916. Siehe J. Pilsudski: Gesetz und Ehre. A.a.O., S. 199.
- 29 Pilsudski in einer Rede in der Nacht des Staatsstreiches. Siehe ebenda, S. 194/5.
- 30 1930 in einem Interview für die regierungsoffizielle Zeitung "Gazeta Polska". Siehe ebenda, S. 203.
- 31 Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund der willkürlichen Verhaftung einer großen Zahl von oppositionellen Sejmabgeordneten durch die Regierung im September 1930, mit der eine Verschärfung der diktatorischen Züge des Pilsudski-Regimes eingeleitet wurde. Siehe den Kommentar aus der Position eines konservativen Sympathisanten Pilsudskis in Mackiewicz: Geschichte Polens... A.a.O., S. 280 ff.
- 32 Siehe J. Pilsudski: Gesetz und Ehre. A.a.O., S. 204.
- 33 Diese Vorstellung von Einheitlichkeit als Stärke wurzelt beim historisch

argumentierenden Pilsudski auch in einer bestimmten Auffassung von den Ursachen der Teilung Polens im 18. Jahrhundert. Das "Liberum Veto", die anarchische Demokratie der polnischen Adelsrepublik, wurde von vielen Zeitgenossen und wird auch heute als Ursache des Machtverfalls des Staates angesehen. (Vgl. Rainer W. Fuhrmann zum "Liberum Veto" in seinem Buch: Polen. Handbuch /Geschichte, Politik, Wirtschaft/. Hannover, Fackelträger-Verlag, 1990, S. 51 ff.)

Man könnte bezogen auf Pilsudskis Ablehnung des politischen Pluralismus von der Verkopplung ungerechtfertigter historischer Parallelen (schließlich war das alte Polen schon lange untergegangen und in der Zeit zwischen den Weltkriegen ging es um die Frage, ob Polen den Weg der Modernisierung erfolgreich beschreitet, wozu politische Parteien nicht unwichtig waren) mit soldatischen Überzeugungen von sozialer Disziplin sprechen.

- 34 Philip Longworth: *The Making of Eastern Europe*. Basingstoke, London, The Macmillan Press LTD, 1992, p. 8.
- 35 Eine andere Variante der Diskussion über historisch-kulturelle Gegensätze in Europa ist die über Mitteleuropa. Siehe dazu D. Segert: *Der "Fluch der Geschichte"?* Interpretationen der Wirkungen der Geschichte Osteuropas auf seine Gegenwart. In "Initial" (genauer Name: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für den sozialwissenschaftlichen Diskurs.) 3/1993, S.123 ff.
- 36 Vgl. dazu u. a. M. Brie/ E. Böhlke: *Rußland wieder im Dunkeln*. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin, Aufbau Taschenbuchverlag, 1992.
- 37 Siehe dazu u. a. S. Meuschel (*legitimation und Parteiherrschaft*. Frankfurt a.M. 1992, aber auch den Standpunkt von Leslie Holmes: *The End of Communist Power*. Cambridge 1993.
- 38 Siehe dazu weiter vorne die Definition von politischer Macht bei Franz Neumann.
- 39 Dieser allgemeine Einschätzung bedürfte einer genaueren Analyse bezogen auf die verschiedenen Länder. In der Tschechoslowakei und Ostdeutschland beispielweise war die Unterstützung relativ groß, in der Sowjetunion hatte sich nach dem gewonnenen Krieg eine festere Loyalität der Bevölkerungsmehrheit gegenüber der Staatsmacht herausgebildet, in Polen gab es dagegen von Anfang an größere Spannungen, die nach 1956 (mit dem "nationalkommunistischen Programm" Gomulkas) von einer Art gegenseitigem Gewährenlassen zwischen Staat und Gesellschaft abgelöst wurden.
- 40 Der Begriff "Entwicklungsdiktatur" ist dem Begriff der "Erziehungsdiktatur" verwandt, der sich schon bei Auguste Blanqui, dann aber auch

bei Marx und Lenin findet, und den auch Franz Neumann benutzte, wie oben beschrieben. "Entwicklungsdiktatur" meint eine politische Form, die die Kluft zwischen den Zielen der Politik (einer über den Kapitalismus hinausreichenden Gesellschaft der gleichen Entwicklungsbedingungen aller und des Einschlafens der Notwendigkeit restriktiver politischer Macht) und ihren realen Bedingungen als abhängiger, unterentwickelter, teilweise vorkapitalistischer - wenn man so will, traditionaler - Gesellschaften versucht zu überbrücken. Sie hat sich erledigt, wenn diese Aufgabe erfüllt ist. Zu einem solchen Konzept haben sich in der Reflexion der stalinschen Praxis der Machtausübung eine Reihe kritischer Marxisten in der Zeit des Kalten Kriegs entschlossen. Siehe beispielhaft für diese die Schriften Werner Hofmanns (etwa: "Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion" von 1955).

- 41 Eine solche Stabilisierung der Grenzen sah Bibó in seiner schon zitierten Studie von 1946 als elementare Voraussetzung dafür, die politische Hysterie der Völker dieses Raumes zu überwinden und einen von allen akzeptierten, somit dauerhaften Frieden zu erreichen. I. Bibó: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei. A.a.O., S. 80 ff. Die Grenzziehung nach 1945 hatte diese Qualität zunächst nicht, aber die lange Zeit des durch die Hegemonie der Sowjetunion gegenüber allen Völkern dieses Raumes erreichten konfliktfreien Zusammenlebens brachte eine Gewöhnung mit sich. Der Stoff, aus dem die "politische Hysterie" des Nationalismus war, nationale Legenden, irrationale Gefühle, zerbröselte in diesen Jahren, geriet in Vergessenheit. Bibó beschreibt in sehr plastischer Weise, wie das Bündnis zwischen den meist adligen und militärisch geneigten Oberschichten und den nationalistischen Intellektuellen eine breite Unterstützung der Politik durch die Bevölkerung herbeiführte. Nach 1945 verschwand der Boden dafür gründlich. Jugoslawien und die Slowakei zeigen allerdings, daß es unter bestimmten Umständen möglich ist, eine Renaissance eines solchen Bündnisses zu bewerkstelligen.

# Dieter Segert

1952 in Salzwedel geboren.

1970-78 Studium der Philosophie in Berlin (DDR) und Moskau.

1978 Dissertation A an der MGU in Moskau.

1985 Dissertation B an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hochschullehrer an der Sektion Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin.

1990 Mitbegründer des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Seit 1993 Professor für Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Osteuropa an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Forschungsarbeiten zur Sozialismustheorie, zum Vergleich politischer Reformen in den staatssozialistischen Ländern, zum Vergleich der Parteienentwicklung in Osteuropa (einschließlich Ostdeutschlands) nach 1989.

## Ausgewählte Veröffentlichungen

Einige Grundprobleme einer politischen Theorie des modernen Sozialismus. In: Forschungsprojekt "Philosophische Grundlagen einer Theorie des modernen Sozialismus" (Nov. '88). Berlin 1989. S. 75-93.

The State, the Stasi and the People: The Debate about the Past and the Difficulties in Reformulating Collective Identities. In: The Journal of Communist Studies 3(1993), pp. 202-215.

The SPD in the Volkskammer 1990: A New Party in Search of a Political Profile. In: M. Waller, B. Coppieters, K. Deschouwer (eds.): Social Democracy in a Post-Communist Europe. London, Frank Cass, 1994, pp. 103-118.

Als Herausgeber und Mitautor: Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa. Frankfurt/M., Peter Lang, 1994.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

- 1 *Volker Gerhardt*  
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität
- 2 *Hasso Hofmann*  
Die versprochene Menschenwürde
- 3 *Heinrich August Winkler*  
Von Hitler zu Weimar  
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie
- 4 *Michael Borgolte*  
“Totale Geschichte” des Mittelalters?  
Das Beispiel der Stiftungen
- 5 *Wilfried Nippel*  
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit
- 6 *Heinz Schilling*  
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich
- 7 *Hartmut Harnisch*  
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914

- 8     *Fritz Jost*  
Selbststeuerung des Justizsystems durch  
richterliche Ordnungen
- 9     *Erwin J. Haeberle*  
Historische Entwicklung und aktueller  
internationaler Stand der Sexualwissenschaft
- 10    *Herbert Schnädelbach*  
Hegels Lehre von der Wahrheit
- 11    *Felix Herzog*  
Über die Grenzen der Wirksamkeit  
des Strafrechts
- 12    *Hans-Peter Müller*  
Soziale Differenzierung und Individualität  
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose
- 13    *Thomas Raiser*  
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig  
der Rechtswissenschaft
- 14    *Ludolf Herbst*  
Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?  
Überlegungen zur Struktur amerikanischer  
Nachkriegspolitik

- 15 *Gert-Joachim Glaeßner*  
Demokratie nach dem Ende  
des Kommunismus
- 16 *Arndt Sorge*  
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen  
in Ostdeutschland
- 17 *Achim Leube*  
Semnonen, Burgunden, Alamannen  
Archäologische Beiträge zur germanischen  
Frühgeschichte
- 18 *Klaus-Peter Johne*  
Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat  
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel  
der Forschung
- 19 *Volker Gerhardt*  
Die Politik und das Leben
- 20 *Clemens Wurm*  
Großbritannien, Frankreich und die  
westeuropäische Integration
- 21 *Jürgen Kunze*  
Verbfeldstrukturen

- 22 *Winfried Schich*  
Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter:  
Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen
- 23 *Herfried Münkler*  
Zivilgesellschaft und Bürgertugend  
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen  
einer sozio-moralischen Fundierung?
- 24 *Hildegard Maria Nickel*  
Geschlechterverhältnis in der Wende  
Individualisierung versus Solidarisierung?
- 25 *Christine Windbichler*  
Arbeitsrechtler und andere Laien in  
der Baugrube des Gesellschaftsrechts  
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung
- 26 *Ludmila Thomas*  
Rußland im Jahre 1900  
Die Gesellschaft vor der Revolution
- 27 *Wolfgang Reisig*  
Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen  
das Herkömmliche oder etwas  
grundlegend Neues?

- 28 *Ernst Osterkamp*  
Die Seele des historischen Subjekts  
Historische Portraittkunst in Friedrich Schillers  
“Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande  
von der Spanischen Regierung”
- 29 *Rüdiger Steinlein*  
Märchen als poetische Erziehungsform  
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen  
“Kinder- und Hausmärchen”
- 30 *Hartmut Boockmann*  
Bürgerkirchen im späteren Mittelalter
- 31 *Michael Kloepfer*  
Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung  
aus Vergangenheitserfahrung  
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland
- 32 *Dietrich Benner*  
Über die Aufgaben der Pädagogik nach  
dem Ende der DDR
- 33 *Heinz-Elmar Tenorth*  
“Reformpädagogik”  
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen
- 34 *Jürgen Schriewer*  
Welt-System und Interrelations-Gefüge  
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem  
Vergleichender Erziehungswissenschaft

- 35 *Friedrich Maier*  
Griechenland über Rom nach Europa  
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand  
in Text und Bild
- 36 *Michael Daxner*  
Alma Mater Restituta oder  
Eine Universität für die Hauptstadt
- 37 *Konrad Jarausch*  
Die Vertreibung der jüdischen Studenten  
und Professoren von der Berliner Universität  
unter dem NS-Regime
- 38 *Detlef Krauß*  
Schuld im Strafrecht  
Zurechnung der Tat oder Abrechnung  
mit dem Täter?